

An das
Studierendenparlament der JLU Gießen
Otto-Behaghel-Straße 25D
35394 Gießen

Donnerstag, 4. Dezember 2025

Antrag: Bewerbung der Serviceleistungen für Studierende

Liebes Präsidium und liebe Abgeordnete des Studierendenparlaments,

das Studierendenparlament möge beschließen:

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) wird beauftragt, unmittelbar eine ausgiebige und sichtbare Informations- und Werbekampagne durchzuführen. Ziel dieser Kampagne ist es, die Studierendenschaft umfassend über die Dienstleistungen und Vergünstigungen zu informieren, die vom AStA für die Studierendenschaft bereitgestellt werden.

Die Kampagne soll über diverse Kanäle (Social Media, Website, Flyer/Plakate am Campus, Newsletter) erfolgen und insbesondere, aber nicht ausschließlich, folgende Leistungen bewerben:

- Deutschlandticket: Nutzungsmöglichkeiten und Geltungsbereich.
- Psychologische Beratung: Niederschwellige Hilfsangebote für mentale Gesundheit.
- Rechtsberatung und Rechtsschutzversicherung: Unterstützung bei juristischen Fragen (Mietrecht, Prüfungsrecht etc.).
- Kultur-Angebote: Insbesondere die Kinoflatrate und das Theaterticket.
- Sport & Freizeit: Die Schwimmbadflatrate und Kooperationen mit Bädern.
- Mobilität: Nutzung der Nextbike-Leihfahräder.
- Soziale Absicherung: Existenz und Beantragungsmöglichkeiten des Solifonds (Härtefallfonds).

Der AStA wird gebeten, dem Parlament in der nächsten Sitzung bereits über erste eingeleitete Schritte zu berichten.

Begründung

Die Studierenden der JLU leisten jedes Semester einen signifikanten Semesterbeitrag. Ein großer Teil dieses Beitrags fließt direkt in die Finanzierung der genannten Solidarmodelle und Serviceleistungen.

Uns ist aufgefallen, dass viele Studierende (nicht nur Erstsemester, sondern auch Studierende höherer Semester) oft gar nicht wissen, welche vielfältigen Leistungen sie mit ihrem Beitrag eigentlich finanzieren. Wir müssen leider feststellen, dass die bisherige Werbung für diese Angebote unzureichend war. Wichtige Informationen sind oft schlecht auffindbar oder werden nicht proaktiv genug kommuniziert, sodass sie im Studienalltag untergehen.

Angebote wie die Rechtsberatung oder die Schwimmbadflatrate bleiben daher oft ungenutzt. Besonders in Zeiten psychischer Belastung ist es fatal, wenn die kostenlose psychologische Beratung aufgrund mangelnder Sichtbarkeit nicht in Anspruch genommen wird. Besonders der Solifond muss als wichtiges Instrument der sozialen Absicherung bekannter gemacht werden, damit niemand aus finanziellen Notsituationen heraus das Studium abbrechen muss, nur weil die Hilfsmöglichkeit unbekannt war.

Das Prinzip ist einfach: Wer zahlt, soll auch wissen, was er oder sie dafür bekommt. Eine sofortige Verbesserung der Informationspolitik stärkt die Akzeptanz des Semesterbeitrags und sorgt dafür, dass die vom AStA ausgehandelten Verträge der breiten Masse der Studierenden zugutekommen und nicht nur einem kleinen Kreis von "Insidern".

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag im Sinne einer transparenten und serviceorientierten Studierendenvertretung.

Mit freundlichen Grüßen

UniGrün Gießen